



Seminarankündigung

für das Sommersemester 2018

Prof. Dr. Peter Selmer

Jun.-Prof. Dr. Lars Hummel, LL.M.

Prof. Dr. Peter Selmer

Fakultät für Rechtswissenschaft
Seminar für Finanz- und Steuerrecht
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg

Tel. +49 (0)40 - 42838 -3025
Fax +49 (0)40 - 42838 -3028
peter.selmer@jura.uni-hamburg.de
www.jura.uni.hamburg.de

Seminar zum Finanzverfassungs- und Wirtschaftsverfassungsrecht

Das Seminar bietet ein Podium für die wissenschaftliche Aufbereitung und Diskussion sowohl aktueller als auch klassischer Fragestellungen aus den Bereichen des Finanzverfassungsrechts, das zum Prüfungspflichtstoff des Schwerpunktbereichs IX gehört, sowie des Wirtschaftsverfassungsrechts. Im Rahmen des Seminars besteht die Möglichkeit, die schriftliche Examensleistung im Schwerpunktbereich IX zu erbringen.

Der mündliche Veranstaltungsteil findet als ganztägige Blockveranstaltung voraussichtlich am **2. Juli** und/oder **3. Juli 2018** statt. Die Seminararbeiten sind spätestens am **15. Juni 2018** bei dem an zweiter Stelle genannten Veranstalter in einer gedruckten und einer elektronischen Fassung einzureichen. Die Teilnehmerzahl ist auf 14 Teilnehmer begrenzt. Eine Seminarvorbesprechung findet am **16. April 2018** um **14:00 Uhr c.t.** im Raum 317 des IIFS in der Sedanstraße 19 statt.

Interessenten wenden sich bitte – gern auch schon im Vorfeld des vorgenannten Besprechungstermins und gern auch mit eigenen, auf nachstehender Übersicht nicht aufgeführten Themenvorschlägen – an den an zweiter Stelle genannten Veranstalter.

Jun.-Prof. Dr. Lars Hummel, LL.M.

Interdisziplinäres Zentrum für
Internationales Finanz- und
Steuerwesen (IIFS)
– International Tax Institute –
Sedanstraße 19
D-20146 Hamburg

Tel. +49 (0)40 - 42838 -6250
Fax +49 (0)40 - 42838 -3393
lars.hummel@iifs.uni-hamburg.de
www.iifs.de
www.jura.uni-hamburg.de

Seminarthemen(vorschläge)

aus dem Bereich Steuer- und Abgabenverfassungsrechts:

1. Verfassungsrechtsfragen der Ertragsbesteuerung von Familien.
2. Zur Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlages.
3. Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Erbschaftsbesteuerung nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – Darstellung und kritische Würdigung.
4. Verfassungsrechtliche Bedingungen für die Wiedereinführung einer Vermögensteuer.
5. Zur Abgrenzung der verfassungsrechtlichen Begriffe der Verbrauch- und der Verkehrsteuer.
6. Zur Gesetzgebungs-, Ertrags- und Verwaltungskompetenz kommunaler Steuern.

7. Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit kommunaler Kulturförderabgaben (sog. Bettensteuern).
8. Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit einer kommunalen Katzensteuer.
9. Die Dogmatik des allgemeinen Gleichheitssatzes im Sachbereich des Steuerrechts.
10. Die verfassungsrechtliche Rechtsfigur der Erdrosselungsabgabe.
11. Zur Existenz einer steuerlichen Belastungsobergrenze im Verfassungsrecht.
12. Zum Vorbehalt des Gesetzes bei Steuerverschonungen und -subventionen.
13. Billigkeitsentscheidungen im Steuerrecht als Verfassungsproblem.
14. Verfassungsrechtsfragen des Erlasses von Verwaltungsvorschriften im Steuerrecht.
15. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Finanzierung der staatlichen Wirtschaftsaufsicht durch die beaufsichtigten Wirtschaftsunternehmen.
16. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Ausgleichsabgabe für Stellplätze und Fahrradplätze gemäß § 49 der Hamburgischen Bauordnung.
17. Das Merkmal der gruppennützigen Verwendung in der Sonderabgaben-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

aus dem Bereich des bundesstaatlichen Finanzausgleichs:

18. Zur Ertragskompetenz für die nichtsteuerlichen Abgaben.
19. Die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ab dem 1. Januar 2020 – Darstellung und kritische Würdigung.
20. Zur Herausforderung der Verfassungsfunktionen durch die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.
21. Vergleichende Darstellung und kritische Würdigung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Länderfinanzausgleichs vor und nach dem 1. Januar 2020 (Art. 107 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG a.F. und Art. 107 Abs. 2 Satz 1 bis 4 GG n.F.).
22. Die Stellung der Gemeindeverbände in der bundesstaatlichen Finanzverfassung.
23. Verfassungsrechtsfragen der Kreisumlage.

aus dem Bereich des Kredit- und des Haushaltsverfassungsrechts:

24. Kreditaufnahmemöglichkeiten der Länder vor dem Hintergrund der sog. Schuldenbremse im Grundgesetz.
25. Unionsrechtliche Vorgaben für die Kreditaufnahme des Bundes und der Länder.
26. Das Haushaltsverfassungsrecht des Bundes.

aus dem Bereich des unionalen Finanzrechts:

27. Die Finanzordnung der Europäischen Union.

aus dem Bereich der Finanzverfassungsgeschichte:

28. Die Finanzordnung der Reichsverfassung von 1919 (Weimarer Reichsverfassung) – Überblick und Schwerpunkte.
29. Die Finanzordnung des Grundgesetzes vor der Finanzreform des Jahres 1969 – Überblick und Schwerpunkte.